

Länderkurzpapier Sambia

Stand November 2020

Sambia galt einst als eines der stabileren und funktionierenden Demokratien in Afrika. Aktuell registriert Amnesty International systematische Menschenrechtsverletzungen. Die Behörden sind politischen Oppositionellen und Kritikern gegenüber extrem intolerant. Dies führt zur Verfolgung von Angehörigen der Opposition und von Aktivisten, die sich gegen die Regierung aussprechen, sie kritisieren oder sich an friedlichen Demonstrationen beteiligen.

Aktuell gibt es durch die Reisebeschränkungen auch in Bezug auf den unabhängigen Journalismus und die Medienberichterstattung Probleme. Die digitale Technik muss erst aufgebaut und angelehrt werden. Neben der mangelnden Technik führt die fehlende Presse- und Informationsfreiheit zur Verbreitung nicht nachprüfbarer, tendenziöser Berichte ("fake news").

Die Rechte der Zivilgesellschaft werden insbesondere im Vorfeld der Wahlen 2021 weiter eingeschränkt und systematisch massiv behindert („shrinking space“). Die Straffreiheit unterwandert das Gewaltmonopol des Staates. Die allseits präsente Korruption führt ebenfalls zu Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund der Überschuldung des Staates lässt sie sich kaum effektiv bekämpfen.

I. Recht auf freie Meinungsäußerung

Sambia erteilte im März 2020 dem Anwalt John Sangwa Berufsverbot wegen Kritik an Verfassungszusatz. Amnesty International, die SADC Lawyers' Association und das Southern Africa Litigation Centre haben die Behörden aufgefordert, den Rechtsanwalt John Sangwa wieder arbeiten zu lassen. Das Berufsverbot sei dafür gedacht, ihn und andere einzuschüchtern. Sangwa hatte sich kritisch über einen Zusatzartikel der Verfassung ("Bill 10") geäußert. Er beschuldigt die Regierung, damit die Ziele der Verfassungsänderung aus dem Jahr 2016 ins Gegenteil umzukehren, indem sie dem Präsident uneingeschränkte Macht verleiht.

II. Pressefreiheit

Medienschaffende, politische Aktivisten und andere Bürger, die Kritik an der Regierung äußerten, wurden von den Sicherheitskräften und von politischen Aktivisten, die der Regierungspartei nahestanden, eingeschüchtert und schikaniert.

Der Herausgeber des Rainbow Newspaper, Derrick Sinjela verbüßte bis Mitte des Jahres eines 18 monatige Haftstrafe. Er hatte in seiner Zeitung den Artikel eines Aktivisten veröffentlicht, der die Korruption anprangerte. Menschenrechtsaktivist*innen sind in letzter Zeit in Sambia zunehmend ins Visier genommen worden, weil sie Rechenschaftspflicht fordern und gegen Korruption vorgehen.

Am 14. April 2020 entzog der IBA dem Sender „Prime TV“ die Sendelizenz. Die Aussetzung folgte auf die angebliche Weigerung des Senders, die Aufklärungskampagnen der Regierung zu COVID-19 auszustrahlen, weil dem Sender Geld für die Ausstrahlung früherer staatlicher Werbespots geschuldet wird. Prime TV ist als unabhängiger Sender von Werbeeinnahmen abhängig, um die Gehälter seiner Mitarbeiter und die Betriebskosten zu bezahlen. Es ist nicht das erste Mal, dass der Sender im Visier der

sambischen Behörden steht. Der Sender wurde im vergangenen Jahr wegen seiner kritischen Berichterstattung über die politische Gewalt im Land für 30 Tage suspendiert.

III. Recht auf friedliche Versammlung/Vereinigung

Die sambischen Behörden haben ihr hartes Vorgehen gegen die Menschenrechte verschärft, indem sie gegen zwei Aktivisten, die gegen die Verhaftung und Schikanie des Hip-Hop-Künstlers Pilato Stellung bezogen haben, Scheinanklagen erhoben haben, sagte Amnesty International heute, da die beiden vor Gericht erscheinen sollen.

Die beiden Aktivist*innen, Laura Miti und Bornwell Mwewa, wurden am 21. Dezember 2019 verhaftet, nachdem sie zur Unterstützung von Pilato, alias Fumba Chama, in die Stadt Livingstone gereist waren, nachdem dieser wegen „unrechtmäßiger Versammlung“ verhaftet worden war, weil er vor einer Jugendversammlung gesprochen hatte. Die beiden wurden am 11. und 17. März 2020 wegen „Angriff auf einen Polizisten“ und „ungebührlichem Verhalten“ angeklagt.

„Die Anklage gegen Laura und Bornwell fügt sich in ein breites Muster der Unterdrückung friedlicher Meinungsäußerungen ein, das wir in den letzten Jahren in Sambia gesehen haben“, sagte Deprose Muchena, Direktorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika. „Die Behörden setzen Einschüchterung und Schikanie von Menschenrechtsverteidigern, Aktivisten und politischen Gegnern als Strategie ein, um der sambischen Gesellschaft Angst einzujagen.“

IV. Albinismus und das Problem der Straflosigkeit

Am 24. März 2020 wurde die zerstückelte Leiche von Emmanuel Phiri von Passanten in einem Maisfeld einige Kilometer von seinem Haus entfernt in der Ostprovinz Sambias entdeckt. Augen, Zunge und Arme des 43-jährigen Mannes waren bei einem weiteren schrecklichen rituellen Mord an einem albinistischen Menschen entfernt worden.

Emmanuels Fall liefert den Beweis dafür, dass Menschen mit Albinismus immer noch von kriminellen Banden gesucht werden, die hinter ihren Körperteilen her sind, und dass mehr getan werden muss, um ihren Schutz zu gewährleisten.

Die Straflosigkeit für Verbrechen gegen Menschen mit Albinismus besteht aufgrund ineffizienter Ermittlungen, einschließlich der schlechten Handhabung von Fällen und Beweisen, weiter. Seit 2018 ruft Amnesty International die SADC-Führer dazu auf, eine Strategie für den sozialen und physischen Schutz für Menschen mit Albinismus zu verabschieden, die ihnen ein sicheres Umfeld schaffen kann und ihnen die Rechte auf Leben, Bewegungsfreiheit, persönliche Sicherheit sowie den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung garantiert.

Die Ermordung Emmanuels fand zwei Tage vor dem Lockdown statt, der die Ausbreitung von Covid-19 in Sambia verhindern sollte. Die Pandemie hat zweifelsohne die Risiken für Menschen mit Albinismus erhöht. Er erschwert ihnen nicht nur den Zugang zu medizinischer Versorgung und gefährdet sie durch mehr Sonnenexposition beim Warten in den langen Schlangen zum Kauf von Lebensmitteln. Viele haben auch Angst davor, wie Emmanuel angegriffen zu werden, und dass der Angriff dann von den Behörden unbemerkt bleibt, weil deren Handlungsfähigkeit durch den Lockdown eingeschränkt ist.